

Zum Thema Untersuchungsausschuss schrieb Jörg Martin folgenden Brief an den Landrat:

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Kistler,

die Entscheidung das Spital Bad Säckingen zum Jahresende zu schließen lässt die Menschen im westlichen Teil des Landkreises enttäuscht und wütend zurück.

Zu viele Fragezeichen und Ängste verbinden sich mit dieser Entscheidung:

Kann die medizinische Notfallversorgung in Landkreis alleine vom Spital in Waldshut organisiert werden?

Wie sieht die Gesundheitsversorgung bis zur Fertigstellung eines Zentralkrankenhauses aus?

Wo wird solch ein Zentralkrankenhaus verortet und ist es für alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises im Falle eines Notfalls rechtzeitig erreichbar?

Wie soll der Gesundheitscampus in Bad Säckingen aussehen und wer soll ihn maßgeblich planen?

Und letztlich: Wie konnte es überhaupt soweit kommen!?

Gerade der letzte Punkt erbost viele Bürgerinnen und Bürger. Die Fragen nach den Fehlern und Versäumnissen der zurückliegenden Jahre und die Frage nach den dafür Verantwortlichen möchten die Menschen geklärt wissen. Und ich denke, als Bürgerinnen und Bürger haben wir ein Recht darauf, dass gerade dies lückenlos und schonungslos aufgeklärt wird.

Neben schnellen Entscheidungen für eine gesicherte Notfallversorgung im Landkreis und raschen zukunftsfähigen Maßnahmen für den Standort Bad Säckingen halte ich es für unbedingt erforderlich, dass der Kreistag in dieser Sache eine öffentliche Untersuchung einleitet. Sollte die Geschäftsordnung des Kreistages dies nicht ermöglichen (was ich vermute), dann muss diese geändert werden.

Ich wünsche mir, dass Sie diese Forderungen aktiv unterstützt. Dies wäre sehr notwendig, um wenigstens etwas an Vertrauen bei den Menschen zurückzugewinnen.

Mit freundlichen Grüßen

aus Murg

Jörg Martin

Hier die Antworten:

Antwort von Fred Thelen (FW)

Sehr geehrter Herr Martin,

vielen Dank für Ihre Mail.

Es müsste sich herumgesprochen haben, dass ich nicht alle Beschlüsse gegen das Spital mitgetragen habe. Das soll aber nicht heißen, dass ich mich aus der Verantwortung stehlen will.

Da ich die erste Legislaturperiode im KT erlebe, gebe ich zu, dass ich nicht weiß, ob auch ein KT einen Untersuchungsausschuss beschließen kann.

Wenn er das kann, bitte ich Sie zwei Tatsachen zu bedenken:

Glauben Sie wirklich, dass bei der großen Mehrheit der Mitglieder aus dem Osten des Kreises, die alle am Niedergang von unserem Spital mitgebastelt haben, ein Untersuchungsausschuss beschlossen würde?

Was nutzt der UA im Kreis, da die Stadt Waldshut-Tiengen ja die Mehrheit hatte und hat, den Vorsitzenden im Gesellschafterausschuss stellte und dadurch alle Beschlüsse letztlich durchsetzen konnte. Und ich glaube kaum, dass der Stadtrat einen UA einberufen wird, weil sie ja dann ihr eigenes Nest beschmutzen müssten.

Zuletzt eine persönliche Feststellung.

Alle Bemühungen in Richtung Vergangenheit verbrauchen unnötige Energie. Wir können die Zeit weder zurückdrehen noch anhalten.

Ich konzentriere mich jetzt auf machbare Fakten im Bezug zu einem Gesundheitscampus, wobei auch mir klar ist, dass dieser natürlich ein Spital nicht ersetzen kann. Hierzu brauchen wir die

Unterstützung der Bevölkerung ebenso wie der noch vorhandenen Pflegekräfte und ich bin gespannt, ob die Ärzte ihr Wort halten, die verkündet haben, dass sie dann wiederkommen, wenn ein neues Konstrukt nicht mehr unter der Leitung der Waldshuter steht. Denn nur dann haben wir eine Chance.

Ich kann verstehen, wenn man Antwort Sie nicht zufrieden stellt, aber wir haben keine großen Möglichkeiten.

Herzliche Grüße und schönes Wochenende

Fred Thelen

Ortsvorsteher Wallbach

Stadt- und Kreisrat

Antwort Ruth Cremer-Ricken (B'90/Grüne)

Sehr geehrter Herr Martin,

Antworten auf Ihre Fragen finden Sie unten im Text.

Mit freundlichen Grüßen,

Ruth Cremer-Ricken

Am 17.11.2017 um 12:19 schrieb Jörg Martin:

Sehr geehrte Frau Cremer-Ricken,

die Entscheidung das Spital Bad Säckingen zum Jahresende zu schließen lässt die Menschen im westlichen Teil des Landkreises enttäuscht und wütend zurück.

Zu viele Fragezeichen und Ängste verbinden sich mit dieser Entscheidung:

Kann die medizinische Notfallversorgung in Landkreis alleine vom Spital in Waldshut organisiert werden?

Ich bin keine Medizinerin und kenne auch die genaue personelle Situation in Waldshut nicht. Zweifel am Gelingen habe ich, weil ich als Nichtfachfrau davon ausgehe, dass das Personal um die Größe des hiesigen in dem Bereich aufgestockt werden müsste wie auch die Anzahl der zur Verfügung stehenden Betten.

Wie sieht die Gesundheitsversorgung bis zur Fertigstellung eines Zentralkrankenhauses aus?

Etliche Personen werden sich Hilfe in benachbarten Kreisen und wenn möglich in der Schweiz suchen. Mit dem Weggang hoch ausgebildeter Ärzte sind auch Kompetenzen aus dem Kreis gegangen, die jetzt nicht mehr zur Verfügung stehen (z.B. Teile der Fußchirurgie, spezielle Viszeralchirurgie). Diese Patienten müssen sich sowieso woanders Behandlungsmöglichkeiten suchen. Ob man die bei Fertigstellung eines Zentralkrankenhauses wieder zurück gewinnen kann bezweifle ich. Dann wird es auch für ein neues Haus schwer schwarze Zahlen zu schreiben.

Wo wird solch ein Zentralkrankenhaus verortet und ist es für alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises im Falle eines Notfalls rechtzeitig erreichbar?

Die Voraussetzungen die ein Standort erfüllen muss müssen ermittelt werden. Danach kann sich jede Gemeinde im Kreis als Standortgemeinde bewerben. Die Frage kann somit nicht beantwortet werden.

Wie soll der Gesundheitscampus in Bad Säckingen aussehen und wer soll ihn maßgeblich planen?

Das Konzept für den Gesundheitscampus wurde von Dr. Risse entwickelt. Ich kenne das Konzept, kann es aber wegen der Fülle von Fakten hier nicht wiedergeben. Dr. Risse wird dies in öffentlicher Sitzung am 13.12 vorstellen. Ich mache Sie schon jetzt auf den Termin aufmerksam. Wo die Sitzung stattfindet ist noch nicht geklärt, weil der Kreistagssaal noch nicht wieder zur Verfügung steht. Es wird aber in der Presse angekündigt werden.

Und letztlich: Wie konnte es überhaupt soweit kommen!?

Das ist eine lange Geschichte, die ihren Anfang mit der Bildung der Spitäler GmbH nahm. Ob Kosten und Erträge über die Jahre den einzelnen Häusern fach- und sachgerecht zugeordnet wurden bezweifle ich. Da dies aber innerhalb einer gemeinsamen GmbH geschah und somit das Gesamtergebnis nicht beeinflusst, spielt es rechtlich keine Rolle. So wurde es mir mitgeteilt.

Sobald ein Jahresabschluss genehmigt und eine Entlastung vorgenommen wurde, ist außerdem der rechtliche Spielraum sehr klein.

Ob ein Untersuchungsausschuss in dieser Sache überhaupt rechtlich möglich ist, kann ich nicht beantworten. Aber selbst wenn, bitte ich zu bedenken, dass wir Kreisräte ehrenamtlich tätig sind. 7 Jahre Spitalergeschichte aufzuarbeiten mit allen Zahlen und Weiteres ist schlichtweg vom Zeitumfang nicht möglich. Außerdem müsste man dazu auch ehemaliges Personal und Kreisräte befragen, die längst nicht mehr im Kreis wohnen.

Wir können die Situation so wie sie ist nicht umdrehen obwohl ich dies liebendgerne tun würde. Meine Kraft richte ich jetzt auf die Realisierung eines gut funktionierenden Campusses.

Antwort von Martin Albers (CDU)

Sehr geehrter Herr Martin,

Vielen geht es wie Ihnen. Aber, und das ist für uns als verantwortliche Kreispolitiker natürlich auch wichtig, es gibt auch andere Stimmen aus der Bevölkerung. Für uns war immer wichtig: die Mediziner aus dem Einzugsgebiet des Spitals Waldshut stehen praktisch wie ein Mann hinter der Forderung nach einem Zentralspital. Ja sie werfen uns vor, damit zu lange gewartet zu haben. Und sie halten auch die Notfallversorgung von Waldshut aus für ausreichend. Dazu müssen Sie berücksichtigen, dass etliche sich mit ihren Patienten zeitlich weiter von Waldshut entfernt befinden als ein Großteil der Ärzte, die sich im Einzugsgebiet des Spitals Bad Säckingen befinden. Alle Chefarzte des Krankenhauses in Waldshut halten eine Versorgung von Waldshut aus bis zur Inbetriebnahme des Zentralspitals für organisierbar.

Beantworten Sie mir eine Frage, auf die ich aus dem Raum Säckingen nie eine verwertbare Antwort bekommen habe: Dürfen wir den Aussagen der Mediziner aus dem Krankenhaus Waldshut nicht trauen? Auch dann nicht wenn sie sich im Einklang mit dem Sozialministerium und dem Regierungspräsidium befinden?

Wenn aber die Aussagen von Ärzten gegen die Aussagen von Ärzten stehen, wer hat Recht? Und wer soll darüber entscheiden?

Wir haben für unsere Entscheidungen jeweils die Erfahrungsberichte aus anderen Landkreisen herangezogen. Wir haben 3x externe Gutachter beauftragt, die alle in den entscheidenden Punkten zu denselben Ergebnissen gekommen sind. Trotzdem, da gebe ich Ihnen gerne Recht, könnte Pro Spital recht haben. Aber nachdem die Zahl der Befürworter einer zentralen Lösung so groß ist, müsste die Kritik daran wesentlich fundierter erfolgen. Stattdessen werden seit Jahr und Tag dieselben Argumente wiederholt, die in unseren Augen von berufenen Stellen schon lange widerlegt sind.

Recht gebe ich Ihnen aber wieder darin, dass sowohl die Verwaltung des Landkreises mit Landrat Dr. Kistler an der Spitze als auch die Spitäler-Hochrhein GmbH mit Herrn Dr. Schlaudt viel zu schlecht informiert. Auch wir im Kreistag haben bisher keine klare Vorstellung vermittelt bekommen, wie sich Dr. Schlaudt die Versorgung ab 1.1.2018 ganz konkret vorstellt. Das ist indiskutabel und wir sind deshalb gegenüber dem Landrat vorstellig geworden. Der verweist darauf, dass der Oberbürgermeister von Waldshut-Tiengen der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung ist und er als Vertreter des Juniorpartners Landkreis Herr Dr. Schlaudt keine Weisungen erteilen könne. Eine Sichtweise, die wir so nicht akzeptieren.

Nun zu Ihren Fragen:

Kann die medizinische Notfallversorgung in Landkreis alleine vom Spital in Waldshut organisiert werden?

Ja. Allerdings reden wir vermutlich von zweierlei: die stationäre Notfallbehandlung eindeutig ja, siehe oben. Wenn darunter auch verstanden wird die ambulante Notfallversorgung außerhalb der Sprechzeiten der Niedergelassenen Ärzte, so sprechen Sie ein dickes Problem an, das schon mehrere Male in der Presse stand und das sehr viele Krankenhäuser in Deutschland beschäftigt. Die Kassenärztliche Vereinigung ist grundsätzlich verpflichtet diese sicherzustellen. Und das funktioniert nicht. Es darf aber nicht so sein, dass die Spitäler hier einfach als Notnagel herhalten müssen. Die Mehrheit meiner Kollegen wollte zusammen mit mir, dass in Bad Säckingen weiterhin eine Ambulanz vorgehalten wird. Dies haben Dr. Schlaudt und der Landrat abgelehnt. Allerdings hat Landrat Dr. Kistler in Aussicht gestellt, dass sich das Spital mit einer Notfallversorgung am Campus beteiligen will.

Wie sieht die Gesundheitsversorgung bis zur Fertigstellung eines Zentralkrankenhauses aus?

Stationär alles in Waldshut bis im Rahmen des Gesundheitscampus wieder eine stationäre Versorgung im Umfang von 40-60 Betten in Säckingen sein wird. Allerdings: Der Campus muss erst noch tatsächlich kommen. Unser Wille dafür ist vorhanden

Wo wird solch ein Zentralkrankenhaus verortet und ist es für alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises im Falle eines Notfalls rechtzeitig erreichbar?

Zu Beginn des Jahres 2018 gibt es eine kreisweite Grundstückssuche. Ich schätze, es kommt nach Dogern, Albruck oder Laufenburg.

Wie soll der Gesundheitscampus in Bad Säckingen aussehen und wer soll ihn maßgeblich planen?

Um ein stationäres Angebot mit Innerer und Akutgeriatrie und einem Notfallzentrum gruppieren sich zahlreiche medizinische Angebote. Kosten im Moment mit 20-25 Mio angegeben. Der Auftrag für die Planung soll am 13.12. im Kreistag an Dr. Risse, den von der Stadt Bad Säckingen benannten Experten vergeben werden.

Und letztlich: Wie konnte es überhaupt soweit kommen!?

Aus Sicht der überwiegenden Mehrheit meiner Kollegen stand bereits nach der Empfehlung durch die Chefarzte im Januar 2014, spätestens mit Abschluss der ersten Gutachtens im Herbst 2014 fest, dass wir ein neues Krankenhaus für den ganzen Kreis zwischen Waldshut und Bad Säckingen bauen müssen.

Zu diesem Zeitpunkt erwirtschaftete das Spital Waldshut noch ein positives Ergebnis. In Bad Säckingen hatte sich das Problem der Personalgewinnung bereits deutlich verschärft. Die Produktivität (Einsatz von Geld und Personal pro Patient) lag in Bad Säckingen deutlich hinter der in Waldshut zurück.

Statt in eine Diskussion über den Weg zum Zentralspital zu gehen, entstand sofort in der Raumschaft Bad Säckingen ein Widerstand gegen dies Idee. Als Konsequenz gab der Kreistag ein weiteres Gutachten bei Kienbaum in Auftrag mit der Aufgabe zu prüfen ob nicht auch eine Modernisierung beider bestehender Spitäler ein Weg in die Zukunft sein könne.

Das Ergebnis des Gutachtens war eindeutig: Nur ein Zentralspital könne für uns das Richtige sein.

Die Gutachter gaben zusätzlich eine weitere, dringende Empfehlung: Der Landkreis solle sich nicht nur sofort auf den Weg zu einem Zentralspital machen sondern er dürfe keine Zeit

verlieren und müsse möglichst schnell aus beiden Häusern einen einzigen Betrieb machen mit Schwerpunktbildung.

Konkret schlug Kienbaum zunächst vor, die Chirurgie aus Säckingen nach Waldshut zu verlagern und stattdessen die Kardiologie nach Bad Säckingen zu nehmen.

Diesen ersten Vorschlag zog Kienbaum nach heftigen Protesten zurück und schlug jetzt vor, in Säckingen lediglich eine Innere mit Akutgeriatrie und eine elektive Chirurgie zu betreiben.

Auf heftigen Protest der Chefärzte aus Bad Säckingen ergänzte Landrat Dr. Kistler diesen Vorschlag um die Beibehaltung der Intensivbetten solange dies wirtschaftlich vertretbar sei.

Dieser - in meinen Augen faule - Kompromiss wurde am 11.11.2015 beschlossen.

Die wirtschaftliche Lage hatte sich inzwischen dramatisch geändert. Waldshut schrieb Verluste wegen des Weggangs eines Chefarztes. Die Stelle konnte erst im Sommer 2017 wieder besetzt werden. Bad Säckingen schrieb horrende Verluste. Es war nicht gelungen für den ausgeschiedenen Dr. Schenkluhn einen qualifizierten Nachfolger zu finden. Die Zahl der Honorarkräfte war weiter angestiegen.

Ab 2016 wurde in über 12 Arbeits- und Projektgruppen unter Mitwirkung von Kienbaum daran gearbeitet, die Voraussetzungen für die Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 11.11.2015 zu schaffen.

Im Frühjahr 2016 berichtet ein inzwischen eingeschaltetes Wirtschaftsprüferunternehmen, dass die Lage dramatisch sei und Kreis und Stiftung zur Abwendung der Insolvenz eine sogenannte Patronatserklärung abgeben müssten. Die Wirtschaftsprüfer bezweifelten, dass die von Kienbaum vorgeschlagenen Maßnahme ausreichen würden. Sie forderten neben weiteren Maßnahmen weitere Einschnitte in das Leistungsspektrum.

Dazu kam es aber nicht. Stattdessen erreichten uns Klagen aus den Reihen des Personals im Krankenhaus Bad Säckingen, dass es von der Geschäftsleitung und insbesondere von Kienbaum nicht fair behandelt werden würde. Gleichzeitig kamen Meldungen aus den Reihen des Personals aus dem Krankenhaus in Waldshut, dass einige aus den Reihen des Säckinger Personals die Arbeit in den Arbeitsgruppen bewusst blockieren würde. Ebenfalls wurden immer wieder Vorstöße unternommen, den Beschluss des Kreistages zu revidieren und die Chirurgie in Bad Säckingen zu behalten.

Der Kreistag bestand mehrere Male gegenüber Landrat Dr. Kistler darauf, dass er sich einschalte und für einen ordentlichen Umgang mit dem Personal eintrete.

Ende Frühjahr 2016 wurde Frau Jeitner zur neuen Geschäftsführerin bestimmt. Eine Mehrheit der Kreisräte war zusammen mit mir gegen die Bestellung von Frau Jeitner. Landrat Dr. Kistler bestand jedoch auf ihr und setzte sie zusammen mit OB Dr. Frank durch. Nach der Wahl stellte sich heraus, dass sie erst ab November 2016 voll zur Verfügung stehen würde. Zu allen Unsicherheiten war somit die Unsicherheit über die Geschäftsführung hinzugekommen, weil Uwe Lorenz die GmbH bereits im Herbst 2015 verlassen hatte. Die sofortige Bestellung eines Nachfolgers war von OB Dr. Frank gestoppt worden, der anstelle des bereits durchgeführten

Kandidatenauswahlverfahrens zusammen mit Landrat Dr. Kistler die Vorauswahl der Bewerber der Firma Kienbaum übertrug.

Im Spätsommer 2016 zeichnete sich ein Ergebnis der Umsetzungsbemühungen von Kienbaum ab. Dies wurde aber gar nicht mehr - und bis heute nicht - im Kreistag beraten, weil inzwischen die Alarmmeldung aus Bad Säckingen eingetroffen war, dass die OP-Säle für 8-12 Wochen geschlossen werden müssten. Die Hygiene war wegen baulicher Mängel nicht gewährleistet.

Die Chirurgie wurde sofort übergangsweise nach Waldshut verlegt. Während der Nachrüstarbeiten wurde festgestellt, dass im gesamten Erdgeschoss des Krankenhauses Bad Säckingen kein ausreichender Brandschutz besteht. Ein Architekturbüro aus Bad Säckingen wurde beauftragt zusammen mit dem Baurechtsamt der Stadt und dem Brandschutzsachverständigen einen Sanierungsplan aufzustellen.

Die Atmosphäre war so aufgeheizt, dass wilde Gerüchte die Runde machten: Der fehlende Brandschutz sei nur vorgeschoben. In Wahrheit solle nur Säckingen kaputt gemacht werden. Die Stadt Bad Säckingen hat später offiziell bestätigt, dass die OP-Säle tatsächlich nicht mehr benutzt werden durften.

Das Säckinger Architekturbüro kam zu dem Ergebnis, dass eine reine Sanierung und Ertüchtigung des Gebäudes für eine Betriebsdauer von 12-15 Jahren etwa 8 Mio EURO kosten werde. Würde man zu den bereits sanierten 80 Betten noch weitere 40 sanieren würden sich die Kosten auf etwa 12 Mio belaufen.

Im Frühjahr 2017, solange hatten die Abklärungen gedauert, schlug Landrat Dr. Kistler dem Kreistag vor, Bad Säckingen für 12,7 Mio baulich zu ertüchtigen. Der Kreistag stimmte zu.

Was der Kreistag zu diesem Zeitpunkt nicht wusste: Das Defizit in Säckingen war enorm angestiegen. Soweit dies auf die Verlegung der Chirurgie zurückzuführen war, natürlich verständlich. Aber die Zahl der Honorarkräfte hatte weiter stark zugenommen. Es gelang nur noch vereinzelt, neue Kräfte für Säckingen zu gewinnen. Die Zeitungen waren voll mit Negativüberschriften. Was der Kreistag auch nicht wusste: Frau Jeitner hatte kein Medizinkonzept, wie sie denn die 120 Betten füllen wollte. Die Akutgeriatrie konnte nicht wachsen, weil der Arbeitsmarkt leer gefegt war. Für die Innere bekam sie nicht ausreichend Personal. Die Chirurgischen Chefärzte lehnten inzwischen eine elektive Chirurgie in Bad Säckingen ab.

Als Landrat Dr. Kistler erkannte, dass Frau Jeitner kein Konzept hatte, die Alarmmeldung mit dem Asbest hinzukam und er annehmen musste, dass er im Sommer dem Kreistag ein viel schlechteres Ergebnis mitteilen werden müsse als gedacht, zog er die Notbremse und stoppte die Ausschreibung.

Jetzt trat das Sozialministerium auf den Plan und verlangte einen Beschluss für ein Zentralklinikum als Voraussetzung für Zuschüsse an Bad Säckingen. Landrat Dr. Kistler hatte inzwischen jedes Vertrauen in Frau Jeitner verloren. OB Dr. Frank wollte sie aber nicht gehen lassen. Ende Juni/Anfang Juli kam es dann zum Eklat. Landrat Dr. Kistler erklärte, dass er es nicht verantworten könne, die 12,7 Mio in das Gebäude zu investieren. Er bat den Kreistag, den

früheren Leiter der Uni-Klinik Greiffswald und Dr. Schlaudt mit der Aufgabe zu betrauen, innerhalb von 8 Wochen einen Weg aus der Krise zu finden, was der Kreistag auch bewilligte.

Das Ergebnis ist bekannt.

Selbstverständlich kann man in diesen drei Jahren unendlich vielen Vorwürfen im Einzelnen nachgehen, in den meisten Fällen vermutlich ohne Erfolg. Ein Untersuchungsausschuss, wie Sie ihn sich wohl vorstellen müsste Dutzende von Zeugen hören. Wann solche Ausschüsse selbst bei den Vollzeitparlamentarierern im Landtag und im Bundestag selten zu Ergebnissen kommen, die zu einer Befriedung führen, wie sollen das die ehrenamtlich tätigen Kreisräte schaffen? Aber auch die Einsetzung eines unabhängigen Richters oder Staatsanwalts würde kaum zu verwertbaren Ergebnissen führen. Ich erinnere an die Anzeige des Herrn Cuenet seinerzeit gegen Landrat Bollacher wegen HBH. Nach vielen Tagen und einer Menge Aktenstudium wurde das Verfahren eingestellt. Und aus meiner Sicht war der dort erhobene Vorwurf viel einfacher aufzuklären als dieser Geschehensablauf.

Aber der Sachverhalt reicht für sich genommen völlig aus, um zu erklären, wie es zu dem bekannten Ende kommen musste. Deshalb glaube ich, dass der Kreistag und die Verantwortlichen in Bad Säckingen gut beraten sind, sich voll auf das zu konzentrieren, was im Moment noch erreichbar erscheint. Und das ist der Gesundheitscampus. Und wir müssen Wege finden, die Zahl der niedergelassenen Ärzte nicht weiter sinken zu lassen. Beiden Aufgaben hat sich der Landkreis gestellt. Daneben bleibt die große Aufgabe, das nach diesen drei Chaosjahren ebenfalls angeschlagene Krankenhaus Waldshut für die Übergangsjahre neu auszurichten und gleichzeitig mit aller Energie den Bau eines neuen Zentralklinikums voranzutreiben.. Wir können nur hoffen, dass möglichst viele der in vorderer Linie Verantwortlichen Lehren aus den letzten drei Jahren ziehen. Eine erste Bewährungsprobe steht bereits am 13.12. an, wenn der Kreistag über die Beauftragung für die Erarbeitung eines Konzeptes für den Campus beraten wird.

Ihnen eine gute Woche

Martin Albers

Antwort BM Alexander Guhl

Lieber Jörg Martin,

besten Dank für Ihre Mail.

Sie können wir wirklich glauben, dass all die Fragen die Sie gestellt haben auch mich sehr stark interessieren und dass mich die jetzige Situation mehr als nur frustriert.

Ja, die jetzige Situation macht auch mich sehr, sehr wütend und ich denke, dass die Politik – zu der auch ich gehöre; wenn ich auch nur ein „kleines Licht“ bin – hier ganz, ganz viel Vertrauen verspielt hat.

Bedanken kann ich mich leider nur bei sehr wenigen politisch Verantwortlichen. Ich hatte nie den Eindruck, dass die große Mehrheit der politisch verantwortlichen sich wirklich für unser Spital eingesetzt hat.

Auch in meiner Partei, in meiner Kreistagfraktion hätte ich mir mehr Unterstützung gewünscht. Nachträglich mache auch ich mir den Vorwurf, dass ich zu wenig „nachgefragt“ (im juristischen Sinne) habe, dass ich zu viel „vertraut“ habe.

Auch ich persönlich habe viel Vertrauen in die Politik verloren und ich denke wir haben mit dem Campus, jetzt die letzte, aber wirklich die allerletzte Chance, wieder langsam Vertrauen bei den Bürgern zurückzugewinnen.

Neben meiner „pauschalen Kritik“ an die Politik, die ich natürlich auch präzisieren könnte, möchte ich mich aber ausdrücklich auch bei Karin Rehbock-Zureich bedanken. Bei ihr hatte ich stets den Eindruck, dass ihr die Sorgen und Nöte eben nicht gleichgültig sind.

Allerdings war sie im Ergebnis wohl gleich „machtlos“ wie ich. Dennoch die Zusammenarbeit mit Karin hätte nicht besser sein können und sie zeigte ja auch durch zahlreiche Anwesenheit ihrerseits bei Veranstaltungen in Bad Säckingen wie wichtig ihr dieses Thema ist.

Auch meine Fraktionskollegin Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB, hat sich stets für das Spital Bad Säckingen eingesetzt. Aber leider hat sie im Ergebnis eben auch nicht mehr „Macht“ als ich oder Karin Rehbock-Zureich.

Ein „Untersuchungsausschuss“ wäre dies Thema wahrlich „wert“. Leider – nicht nur wegen der Hauptsatzung – ist dies aber meiner Meinung nach nicht möglich. Ein Kreistag ist kein Parlament. Er kann somit auch keinen Untersuchungsausschuss beantragen und einen solchen Ausschuss auch nicht durchsetzen. Ein solches Recht steht nur einem Parlament zu. Würde uns dies zustehen, wäre ich gerne Vorsitzender des Ausschusses.

Was wir machen können ist, dass wir von der Rechtsaufsicht (wir sind eben kein Parlament und somit unterliegt die Kreisverwaltung der Rechtsaufsicht) verlangen, dass diese unsere Fragen beantwortet. Zum zweiten können wir als Kreisrat – ich würde mich in der Fraktion dafür einsetzen – als „Akteneinsichtsausschuss“ beschließen und somit alle Akten des Kreises die mit dem Thema „Spital“ zu tun haben, einsehen.

Ich kann die Enttäuschung von jedem Bürger nachvollziehen; aber ich bitte auch darum, dass wir jetzt gemeinsam alles dafür tun, dass wir einen guten und leistungsfähigen Campus erhalten. Vielleicht haben wir dann sogar zukünftig eine bessere medizinische Versorgung im Kreis als dies heute der Fall (bzw. bevor das Drama um das Spital Bad Säckingen begonnen hat) war.

Ihnen einen schönen Sonntag und nochmals vielen Dank für Ihre Mail

Viele Grüße aus der Trompeterstadt

Alexander Guhl

Bürgermeister

Zusammenfassung von Jörg Martin

Spital Bad Säckingen: Auf der Suche nach Antworten – „Selbstversuch“ eines Bürgers

Resümee

Vor einigen Tagen, konkret am Nachmittag des 17.11.2017, habe ich eine Art „Selbstversuch“ gestartet. Anlass dazu war die Forderung des Bad Säckinger Stadtrats Angelo De Rosa, der auf Facebook die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in der, wie er es nennt, „Spital-Affäre“ fordert.

Mich hat interessiert: Welche Antworten erhält ein besorgter Bürger der sich mit seinen Fragen direkt an die Verantwortlichen der Kreisverwaltung wendet?

Bekommt er überhaupt Antwort? Wie gehen die Kreistagsfraktionen und der Landrat mit einer Forderung nach Aufklärung um?

Ich habe deshalb an sämtliche Fraktionen des Kreistages und an den Landrat Dr. Kistler eine Anfrage gerichtet. Der genaue Wortlaut dieser Anfragen ergibt sich aus der Anlage.

Dabei habe ich mich bemüht drei einfache Fragen zu formulieren, die – wie ich glaube – sehr viele Menschen im Landkreis bewegen. Ergänzt habe ich diese durch einen Appell nach Aufklärung, wie es überhaupt so weit kommen konnte, dass das Spital Bad Säckingen nun geschlossen wird. Auch da, meine ich, sehen viele Bürger noch offene Fragen, was bei den Menschen zu Wut, Frustration und Vertrauensverlust geführt hat.

Auf meine Anfragen an sämtliche Fraktionen des Kreistages und an den Landrat habe ich folgende Reaktionen erhalten:

Für die CDU Fraktion antwortet mir Martin Albers, am späten Sonntag Nachmittag, sehr ausführlich. Inhaltlich bietet er aus meiner Sicht nicht viel Neues an, geht aber auf meine Fragen einzeln ein. Interessant finde ich dabei folgende Aussage:

„Recht gebe ich Ihnen aber wieder darin, dass sowohl die Verwaltung des Landkreises mit Landrat Dr. Kistler an der Spitze als auch die Spitäler-Hochrhein GmbH mit Herrn Dr. Schlaudt viel zu schlecht informiert. Auch wir im Kreistag haben bisher keine klare Vorstellung vermittelt bekommen, wie sich Dr. Schlaudt die Versorgung ab 1.1.2018 ganz konkret vorstellt.“

Für die Freien Wähler antwortet mir Fred Thelen, schon am Samstagnachmittag, mit der Feststellung, dass nach seiner Einschätzung die Mehrheit der Kreisräte aus dem Osten des Landkreises eine Untersuchung der Vergangenheit blockieren wird. Sein Blick richtet sich jetzt „auf machbare Fakten im Bezug zu einem Gesundheitscampus“.

Auf meine eingangs gestellten Fragen erhalte ich leider keine Antworten.

Auf meine Anfrage an die SPD-Fraktion erhalte ich wenige Stunden darauf eine erste kurze Antwort der Bundestagsabgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter, die mir verspricht meine Fragen mit ihrem Fraktionskollegen Bürgermeister Alexander Guhl und der Fraktionsvorsitzenden Karin Rehbock-Zureich zu besprechen. Am Sonntagmorgen erreicht mich dann ein E-Mail von Bürgermeister Alexander Guhl. Er versichert mir, dass die von mir gestellten Fragen auch seine sind und er über den Gang der Dinge sehr wütend und frustriert ist. Er erkennt an, dass die Politik in dieser Sache viel Vertrauen verspielt hat. Einer Aufklärung der Vergangenheit steht er positiv gegenüber: „Ein „Untersuchungsausschuss“ wäre dies Thema wahrlich „wert““. Die Rechtsaufsichtsbehörde und eine Einsicht in die Akten des Kreises könnten zur Aufklärung beitragen.

Die Fraktionsvorsitzende der B'90/Grünen Frau Ruth Cremer-Ricken antwortet mir am Montag. Sie versucht meine Fragen zu beantworten. Stellt aber fest, dass sie auf viele Fragen keine oder noch keine Antwort habe. Eine Aufklärung der Vergangenheit erscheint für sie nicht leistbar. Sie will sich jetzt auf die Zukunft des Campus in Bad Säckingen konzentrieren.

Von der FDP-Fraktion habe ich bislang keine Antwort erhalten.

Erfreulich ist, dass ich von fast allen Fraktionen des Kreistages, außer der FDP, eine Antwort erhalten habe. Die Kommunikation mit dem Bürger funktioniert also mehrheitlich. Ein richtiger und wichtiger Schritt in Richtung Vertrauensbildung. Enttäuschend ist, dass mir der Landrat bis heute nicht geantwortet hat. Scheint so als fühle er sich, als nicht direkt gewähltes Organ der Kreisverwaltung, dem Bürger nicht so recht verpflichtet.

Ob die gegebenen Antworten zufriedenstellend sind, mag jeder für sich selbst bewerten.